



**Österreichisches
Umweltzeichen**

Richtlinie UZ 60

digitale Schnurlostelefone

**Version 2.0
Ausgabe vom 1. Jänner 2015**

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte eine der Umweltzeichen-Adressen

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung V/7
Ing. Josef Raneburger
Stubenbastei 5, A-1010 Wien
Tel: +43 (0)1 71100 61-1250
e-m@il: josef.raneburger@bmlfuw.gv.at
www.umweltzeichen.at

VKI, Verein für Konsumenteninformation,
Team Umweltzeichen
Andi Peter
Linke Wienzeile 18, A-1060 Wien
Tel: +43 (0)1 588 77-209; Fax: Dw. -73
e-m@il: apeter@vki.at
www.konsument.at

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	4
1 Produktgruppendifinition.....	5
2 Gesundheits- und Umweltkriterien	5
2.1 Materialanforderungen	5
2.1.1 Kunststoffe der Geräte-Gehäuse und Gehäuseteile	5
2.1.2 Kunststoffe der Leiterplatten	7
2.1.3 Akkumulatoren	7
2.1.4 Ersatzteilgarantie	7
2.2 Technische Anforderungen	8
2.2.1 Leistungsaufnahme in den Betriebszuständen.....	8
2.2.2 manuelle Reichweitenbegrenzung	8
2.2.3 Automatische Anpassung der Sendeleistung.....	9
2.2.4 Abschalten der Sendesignale im Standby Betrieb	10
2.2.5 Kriterien zur weiteren Verringerung der Expositionen	10
2.2.6 Displayanzeige.....	11
2.2.7 Expositionen / SAR-Wert.....	11
2.3 Produktion	11
2.4 Verpackung	12
3 Deklaration	Fehler! Textmarke nicht definiert.
4 Mitgeltende Normen, Gesetze und sonstige Regelungen	13

Einleitung

Beim Umweltzeichen für digitale Schnurlostelefone stehen die Minimierung des Energieverbrauchs und die vorsorgliche Minderung der Funkstrahlung im Vordergrund.

Darüber hinaus dürfen in den verwendeten Materialien keine aus Umwelt- oder Gesundheitssicht besonders besorgniserregenden Stoffe enthalten sein, die bei der Nutzung oder Entsorgung Probleme bereiten können.

In der Umsetzung der EU-Regelungen zur Rückführung von Elektronikschrott und zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in nationales Recht, dem Elektro-Gesetz, sind Aspekte der Gestaltung, Rücknahme und Verwertung elektronischer Geräte berücksichtigt und geregelt.

1 Produktgruppendefinition

Die Vergabegrundlage gilt für digitale Schnurlostelefone, die nach DECT, DECT/CAT-iq oder ähnlichem (harmonisierten digitalen) Standard arbeiten. Im Geltungsbereich dieser Vergabegrundlage liegen Geräte oder Gerätekombinationen, die aus folgenden Komponenten bestehen:

- Mobilteil und Ladeschale
- Mobilteil und Basisstation mit integrierter Ladefunktion
- Mobilteil, Ladeschale und Basisstation

Die Geräte sollen in der Hauptsache für die Übermittlung von Telefongesprächen und Nachrichten konzipiert sein, können aber auch Zusatzfunktionen anbieten (z.B. Anrufbeantworter, Organizer oder Datenübertragung über Bluetooth oder WLAN).

Schnurgebundene Tischtelefone mit integrierter DECT-Station ohne Mobilteile sind vom Geltungsbereich ausgeschlossen.

2 Gesundheits- und Umweltkriterien

2.1 Materialanforderungen

Alle eingesetzten Materialien müssen den Anforderungen der Elektroaltgeräteverordnung [1] entsprechen.

2.1.1 *Kunststoffe der Geräte-Gehäuse und Gehäuseteile*

Die Kunststoffe der Geräte-Gehäuse dürfen keine halogenhaltige Polymere und Zusätze von halogenorganischen Verbindungen enthalten (z.B. als Flammschutzmittel).

Von dieser Regelung ausgenommen sind:

- Displays
- prozessbedingte, technisch unvermeidbare Verunreinigungen
- fluororganische Additive (wie z.B. Anti-Dripping-Reagenzien), die zur Verbesserung der physikalischen Eigenschaften der Kunststoffe eingesetzt werden, sofern sie einen Gehalt von 0,5 Gew.% nicht überschreiten
- Kunststoffteile mit einer Masse kleiner 10 g

Alle Stoffe und Gemische, die zur Herstellung der Produkte eingesetzt werden, sind der begutachtenden Prüfstelle bekannt zu geben.

Aktuelle Sicherheitsdatenblätter gemäß REACH-Verordnung [2] sind in deutscher oder englischer Sprache dem Gutachten beizulegen.

Stoffe und Zubereitungen, die während der Herstellung die nachstehenden Gefährlichkeitsmerkmale verlieren (z.B. durch Ausreagieren), sind von den angeführten Mengenbeschränkungen ausgenommen.

Stoffe, die in folgende R-Sätze nach der Stoffrichtlinie [3] bzw. H-Sätze nach CLP-Verordnung [4] eingestuft sind, dürfen maximal mit den in Tabelle 1 angeführten Konzentrationen eingesetzt werden.

Tabelle 1: Einstufungsmerkmale und Grenzwerte

Annex VI der Stoffrichtlinie	CLP-Verordnung	Grenzwert in Massen% *
sehr giftig R26, R27, R28 R39/26, R39/27, R39/28	H300, H310, H330 H370	0,1
giftig R23, R24, R25 R39/23, R39/24, R39/25 R48/23, R48/24, R48/25	H301, H331, H311 H370 H372	0,1
krebserzeugend	Karzinogenität	
Kat.1, 2: R45, R49	Kat. 1A, 1B: H350, H350i	0,1
Kat. 3: R40	Kat.2: H351	1,0
erbgutverändernd	Keimzellmutagenität	
Kat. 1, 2: R46	Kat. 1A, 1B: H340	0,1
Kat. 3: R68	Kat.2: H341	1,0
fortpflanzungsgefährdend	Reproduktionstoxizität	
Kat.1, 2: R60, R61	Kat. 1A, 1B: H360F, H360D, H360FD, H360Fd, H360Df	0,1
Kat.3: R62, R63	Kat.2: H361f, H361d, H361fd	1,0
Zusatz Laktation: R64	reproduktionstoxisch auf oder über die Laktation: H362	1,0
umweltgefährlich	Umweltgefahren	
R50	akut gewässergefährdend: H400	1,0
R50/53	chronisch gewässergefährdend Kat. 1: H410	1,0
R51/53	Kat. 2: H411	1,0
R59	die Ozonschicht schädigend: EUH 059.	0,1
Stoffe, die nach Artikel 59 der REACH-Verordnung in die sogenannte Kandidatenliste aufgenommen wurden. Dabei ist jene Version der Kandidatenliste gültig, die zum Zeitpunkt der Antragstellung aktuell ist. [5]		0,1
Stoffe, die die Kriterien für PBT (persistent, bioakkumulierend und toxisch) oder vPvB (stark persistent und stark bioakkumulierend) erfüllen (REACH, Anhang XIII)		0,1
Stoffe, die nach Grenzwerteverordnung [6] „eindeutig als krebserzeugend ausgewiesene Arbeitsstoffe“ (Anhang III – A1 und A2) und als „krebserzeugende		0,1

Annex VI der Stoffrichtlinie	CLP-Verordnung	Grenzwert in Massen% *
Stoffgruppen oder Stoffgemische“ (Anhang III – C) eingestuft sind		
Stoffe, die nach Grenzwertverordnung als „mit begründetem Verdacht auf krebserzeugendes Potential“ (Anhang III - B) eingestuft sind		1,0
* Die maximalen Einsatzmengen orientieren sich an jenen Konzentrationen, ab denen die Stoffe im Sicherheitsdatenblatt genannt werden müssen. Wurde in der der CLP-VO ein spezifischer Konzentrationsgrenzwert festgelegt, so gilt der niedrigere Wert als Grenzwert. Ausgenommen sind jene für „umweltgefährlich“, hier gelten die der Tabelle angegebenen Grenzwerte.		

Halogenierte organische Verbindungen dürfen weder in der Herstellung eingesetzt werden noch im Produkt enthalten sein.¹

2.1.2 Kunststoffe der Leiterplatten

Dem Trägermaterial der Leiterplatten dürfen keine polybromierten Biphenyle (PBB), polybromierten Diphenylether (PBDE) oder Chlorparaffine zugesetzt sein.

2.1.3 Akkumulatoren

Als Akkumulatoren dürfen nur Standardzellen verwendet werden, die vom Anwender ohne die Zuhilfenahme von Spezialwerkzeugen leicht getauscht werden können.

Die Akkumulatoren müssen im Handel frei erhältlich sein.

Im Hinblick auf Schadstoffgehalte (Quecksilber und Cadmium) und die Rücknahme der Akkus gelten die Anforderungen der Batterienverordnung [7].

Der Hersteller weist auf die Rücknahmemöglichkeiten in den Produktunterlagen hin.

2.1.4 Ersatzteilgarantie

Der Antragsteller verpflichtet sich dafür zu sorgen, dass die Bereitstellung von Ersatzteilen oder Ersatzgeräten für einen Zeitraum von mindestens 2 Jahren nach Vermarktungsende sichergestellt ist.

Unter Ersatzteilen sind solche Teile zu verstehen, die typischerweise im Rahmen der üblichen Nutzung eines Produktes ausfallen können, insbesondere gerätespezifische wiederaufladbare Batterien.

Andere, regelmäßig die durchschnittliche Lebensdauer des Produktes überdauernde (ästhetische) Teile, sind nicht als Ersatzteile anzusehen.

¹ zulässige Chlorverunreinigungen max. 0,002 Massen%

2.2 Technische Anforderungen

2.2.1 Leistungsaufnahme in den Betriebszuständen

Die elektrische Leistungsaufnahme der Geräte darf folgende Werte nicht überschreiten:

Schnurlostelefon (Basis + Mobilteil):

- Die Leistungsaufnahme der Basis muss sowohl ohne Mobilteil in der Basis als auch mit geladenem Mobilteil auf der Basis (Erhaltungsladung) $< 1,0 \text{ W}$ liegen
- Sofern die Basis über ein Display verfügt, erhöht sich die erlaubte Leistungsaufnahme der Basis (mit und ohne Mobilteil in der Basis) auf $< 1,5 \text{ W}$

Bei ISDN-fähigen Telefonen erhöhen sich die zuvor genannten Werte um $0,2 \text{ W}$

Mobilteil mit Ladeschale:

- Mobilteil befindet sich geladen auf der Ladeschale (Erhaltungsladung), durchschnittliche Leistungsaufnahme der Ladeschale $< 0,6 \text{ W}$
- Mobilteil befindet sich nicht in der Ladeschale, Leistungsaufnahme der Ladeschale $< 0,3 \text{ W}$

Mobilteil mit Ladeschale (WLAN):

- Mobilteil befindet sich geladen in der Ladeschale (Erhaltungsladung), Leistungsaufnahme der Ladeschale $< 1,2 \text{ W}$
- Mobilteil befindet sich nicht in der Ladeschale, Leistungsaufnahme der Ladeschale $< 0,3 \text{ W}$

2.2.2 manuelle Reichweitenbegrenzung

Bei DECT-Schnurlostelefonen, die mit Basisstation (Gerätekombination: Mobilteil + Basisstation) oder als einzelnes Mobilteil (Mobilteil mit Ladeschale, als weiteres Mobilteil für eine Basisstation oder für einen Router mit eingebauter Basisstation) verkauft werden, muss eine durch den Nutzer einstellbare Reichweitenbegrenzung vorhanden sein, welche mittels Reduzierung der maximalen Spitzensendeleistung realisiert wird.

Die Reduzierung der Sendeleistung muss in mindestens drei Stufen erfolgen, d.h. es müssen mindestens vier unterschiedliche Reichweiten (Sendeleistungsniveaus) vom Nutzer eingestellt werden können.

Die Differenz der maximalen Spitzensendeleistung zwischen dem obersten und untersten Niveau muss mindestens 10 dB (Faktor 10) betragen.

Die Reduzierung der maximalen Spitzensendeleistung muss gleichzeitig auf die Basisstation und die angemeldeten Mobilteile wirken.

Wenn die Basisstation neben dem Übertragungskanal „Traffic Bearer“ zusätzlich auf einem weiteren Kanal ein Kennungssignal „Dummy Bearer“ aussendet, sind die Sendeleistungen aller Signale entsprechend der Einstellung der manuellen Reichweitenbegrenzung zu reduzieren.

Dies gilt auch, wenn mehr als nur ein Mobilteil an der Basisstation angemeldet ist.

Die Spitzensendeleistung (äquivalente Strahlungsleistung) darf in keiner Einstellung 250 mW EIRP überschreiten.

Die Einstellung der Reichweitenbegrenzung muss für den Nutzer einfach möglich sein und die aktuelle Einstellung muss zumindest dann, wenn keine Gesprächsverbindung besteht, im Display des Mobilteils angezeigt werden.

Abweichend von den entsprechenden Anforderungen gilt für CAT-iq Geräte:

Die Basisstation muss die Möglichkeit besitzen, die maximale Sendeleistung auf höchstens 4 dBm zu reduzieren.

Die Funktion muss durch den Anwender an der Basisstation und am Mobilteil auf einfache Weise an- und abschaltbar sein.

2.2.3 Automatische Anpassung der Sendeleistung

Bei DECT-Schnurlostelefonen müssen die Mobilteile und - sofern vorhanden - die Basisstation ihre Sendeleistung an die Verbindungsqualität anpassen:

Bei guter Verbindung bzw. bei geringem gegenseitigem Abstand muss die Spitzensendeleistung automatisch reduziert werden.

Die Regeldynamik zwischen höchster und niedrigster Sendeleistung muss mindestens vier Sendeleistungsniveaus (bzw. drei Sendeleistungsstufen) umfassen. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Niveau muss mindestens 10 dB (Faktor 10) betragen.

Bei eingeschalteter Reichweitenbegrenzung darf sich die Regeldynamik nur entsprechend der eingestellten Stufe verringern.

Sind an der Basisstation mehrere Mobilteile angemeldet, ist es ausreichend, wenn die Basisstation die Sendeleistung der Übertragungskanäle regelt; die Sendeleistung des Kennungssignals („Dummy Bearer“) darf für den Zeitraum einer aktiven Sprech- oder Datenverbindung auf dem eingestellten Wert gehalten werden.

Die automatische Anpassung der Sendeleistungen der Mobilteile und – sofern vorhanden – der Basisstation muss im Auslieferungszustand aktiviert sein und darf vom Nutzer nicht deaktivierbar sein.

Abweichend von den entsprechenden Anforderungen gilt für CAT-iq Geräte: nur das Mobilteil muss über eine automatische Sendeleistungsanpassung mit mindestens zwei Sendeleistungsniveaus verfügen, wobei das niedrigste Sendeleistungsniveau maximal 4 dBm (2,5 mW) betragen darf.

2.2.4 Abschalten der Sendesignale im Standby-Betrieb

Die Telefone sind bei Auslieferung so konfiguriert, dass im Standby-Betrieb (keine aktive Sprech- oder Datenverbindung) die Funksignale der Basisstation und der Mobilteile (bzw. des Mobilteils) vollständig, d.h. einschließlich des Kennungssignals („Dummy Bearers“), abgeschaltet sind.

Die Basisstation muss ihr Funksignal in diesem Betriebszustand unabhängig von der Anzahl angemeldeter Mobilteile abschalten.

Dies ist auch bei „gestörtem Betrieb“ sicherzustellen, z.B. wenn sich ein oder mehrere angemeldete Mobilteile außerhalb der Funkreichweite der Basisstation befinden, wenn angemeldete Mobilteile vom Nutzer abgeschaltet werden oder wegen leerer Akkus nicht mehr betriebsbereit sind.

Beim Zurücksetzen des Gerätes auf die Werkseinstellungen muss die beschriebene Konfiguration wieder erreicht werden.

Der Nutzer muss mit einer Extrainformation darauf hingewiesen werden, dass die vollständige Abschaltung der Sendesignale im Standby-Betrieb nur in dem voreingestellten Modus erfolgt.

CAT-iq Basisstationen müssen über einen No-Emission-Modus verfügen.

In diesem Modus muss in nicht aktiven Phasen (keine aktive Sprech- oder Datenverbindung) der Dummy Bearer (Kennungssignal) komplett abgeschaltet werden.

Die Basisstation sollte ihr Funksignal in diesem Betriebszustand unabhängig von der Anzahl angemeldeter Mobilteile abschalten.

Die Anforderungen an den „gestörten Betrieb“ (siehe oben) sollten entsprechend geregelt sein.

Der Modus muss im Display des Mobilteils angezeigt werden, bzw. die Basisstation muss den angemeldeten Mobilteilen die entsprechende Information senden.

Der Nutzer wird mit einer Extrainformation darauf hingewiesen, wie er den No-Emission-Modus aktiviert.

2.2.5 Kriterien zur weiteren Verringerung der Expositionen

Am Mobilteil muss mindestens eine der folgenden Möglichkeiten zur weiteren Verringerung der Exposition des Nutzers verfügbar sein:

- Freisprechen
- Verwendung von kabelgebundenen Headsets
- Verwendung von kabellosen Headsets (max. Sendeleistung 1 mW)

2.2.6 Displayanzeige

Spätestens nach Ende des Gesprächs ist die Gesprächsdauer auf dem Display des Mobilteils anzuzeigen.

Außerdem ist vor dem Verbindungsaufbau die tatsächliche Reichweitenbegrenzung und während der Gesprächsverbindung das aktuelle Sendeleistungsniveau des Mobilteils auf dem Display des Mobilteils anzuzeigen.

2.2.7 Expositionen / SAR-Wert

Die von einem Mobilteil bewirkte spezifische Absorptionsrate (SAR) darf 0,60 Watt pro Kilogramm nicht überschreiten.

2.3 Produktion

Die Produktionsstätte ist jener Ort, wo die Produkte zum überwiegenden Teil hergestellt werden.

- Alle behördlichen Auflagen und gesetzliche Regelungen, insbesondere die Materien Luft, Wasser, Abfall, Umweltinformation sowie ArbeitnehmerInnenschutz betreffend, sind einzuhalten.

Sowohl für inländische als auch für ausländische Produktionsstätten sind die jeweiligen nationalen Bestimmungen zu erfüllen.

Sofern EU-Regelungen über nationale Bestimmungen hinausgehen, sind jedenfalls die EU-Regelungen einzuhalten.

Der Antragsteller hat die Einhaltung dieser Anforderung zu bestätigen.

- Ein Abfallwirtschaftskonzept (AWK) ist vorzulegen.
Die im Erlass des BMUJF (jetzt BMLFUW) [8] über die Vollständigkeit von betrieblichen AWK angeführten Punkte müssen darin enthalten sein.

Für Produktionsstätten, die nach EMAS Verordnung [9] registriert sind, gelten die oben genannten Anforderungen als erfüllt. Existiert für den Produktionsstandort ein nach ÖNORM EN ISO 14001 [10] zertifiziertes Umweltmanagementsystem, können die Audit-Ergebnisse als Nachweis der Einhaltung der oben genannten Anforderungen herangezogen werden.

2.4 Verpackung

Eingesetzte Kunststoffe müssen frei von halogenierten organischen Verbindungen sein.

Inverkehrsetzer von Verpackungen haben diese entweder selbst zurückzunehmen und zu verwerten oder nachweislich an einem Sammel- und Verwertungssystem teilzunehmen. Es gelten die Bestimmungen der Verpackungsverordnung [11].

3 Bedienungsanleitung

Eine verständliche Produktinformation muss in gedruckter Form dem Produkt beigelegt sein sowie im Internet kostenfrei zum Download bereitgestellt werden. Sie muss neben den wichtigsten Technikdaten und Benutzungshinweisen auch folgende Angaben beinhalten:

- Hinweise, dass die Exposition durch die Basisstation individuell verringert werden kann, wenn sie nicht in unmittelbarer Nähe von Schlaf- oder Kinderzimmern aufgestellt wird (technisch optimale Aufstellorte)
- Hinweis, dass die Exposition durch Begrenzung der Reichweite des Geräts verringert werden kann
- Hinweis, falls die energie- und strahlungsreduzierenden Vorgaben nur in Abhängigkeit zu einer kompatiblen Basisstation oder, falls vorhanden, weiterer kompatibler Mobilteile erfüllt sind.
Sind diese Modi deaktiviert erfolgt ein entsprechender Hinweis auf dem Display
- Hinweise und Erläuterungen zu Energiesparoptionen und zum umweltfreundlichen Verbraucherverhalten bei längeren Abwesenheiten, um die Aufnahme von Strom zu minimieren
- Hinweis auf fachgerechte Entsorgung des Gerätes und der Akkumulatoren
- Ersatzteilverfügbarkeit über 2 Jahre
- Einen ausführlichen Hinweis darauf, dass das Gerät im Auslieferungszustand so eingestellt ist, dass im Standby-Betrieb die Sendesignale der Basisstation ausgeschaltet sind, und dass dieser Modus jederzeit durch das Zurücksetzen in den Auslieferungszustand wieder hergestellt werden kann
- Abweichend davon bei CAT-Iq-Geräte:
einen ausführlichen Hinweis darauf, wie der No Emission Modus aktiviert werden kann

4 Mitgeltende Normen, Gesetze und sonstige Regelungen

Die nachstehend angeführten Dokumente enthalten Festlegungen, die Bestandteil dieser Umweltzeichen-Richtlinie sind. Rechtsvorschriften sind immer in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Datierete Verweisungen anderer Dokumente erfassen spätere Änderungen oder Überarbeitungen der Publikation nicht. Bei undatierten Verweisungen ist die letzte Ausgabe des in Bezug genommenen Dokumentes anzuwenden.

Österreichische Gesetze können verbindlich unter <http://www.ris.bka.gv.at> abgefragt werden ².

Der aktuelle Stand von Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union ist unter folgender Internetadresse abrufbar:

<http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm>

- [1] BGBl. II Nr. 121/2005, Elektroaltgeräteverordnung, ausgegeben am 30. April 2005 (Umsetzung der RoHS-Richtlinie EG-Richtlinie 2002/95/EG und der WEEE-RL in nationales Recht)
- [2] Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission, Artikel 31 und Anhang II, Novelle 552/2009; BGBl. II 158/2005
- [3] Richtlinie 67/548/EWG Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe samt den zugehörigen technischen Anpassungen.
- [4] Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006.
- [5] Die aktuelle Liste der Kandidatenstoffe kann hier abgerufen werden:
http://echa.europa.eu/chem_data/authorisation_process/candidate_list_table_en.asp
- [6] BGBl. II Nr. 429/2011: Grenzwertverordnung 2011 - GKV 2011, vom 20. Dezember 2011

² Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Rechtsinformationssystems wird keine Haftung übernommen. Es ist ausschließlich der Wortlaut der im Bundes-, Landesgesetzblatt oder anderen Publikationsorganen verlautbarten Rechtsvorschriften ausschlaggebend.

- [7] BGBl. II Nr. 159/2008, Batterienverordnung, ausgegeben am 16. Mai 2008
- [8] Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie: (jetzt Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) Erlass zum Abfallwirtschaftsgesetz und seinen Verordnungen, vom 16. August 1995 (Geschäftszahl 47 3504/404-III/9/95),
Leitfaden zum Abfallwirtschaftskonzept:
<http://umwelt.lebensministerium.at/article/articleview/26666/1/6983>
- [9] Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS)
Amtsblatt Nr. L 114 vom 24/04/2001 S. 0001 - 0029
- [10] ÖNORM EN ISO 14001; Umweltmanagementsysteme - Anforderungen mit Anleitung zur Anwendung, 15. August 2009
- [11] BGBl. 648/1996, Verpackungsverordnung, vom 29. November 1996